

Vorbemerkung:

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Vorfeld der anstehenden Landtagswahl erreichen uns eine Vielzahl von Anfragen zu unserer Programmatik. Unser Anliegen ist es dabei möglichst auf alle Anfragen zu reagieren. Um dies vor dem Hintergrund des damit verbundenen Aufwands und unserer begrenzten personellen Ressourcen auch gewährleisten zu können, haben wir uns dazu entschieden bei sehr umfangreichen Anfragen mehrere Fragen zwecks Beantwortung in Blöcken zusammenzufassen anstatt jede einzelne Frage dezidiert zu beantworten. Damit möchten wir auch möglichen Wiederholungen bei der Beantwortung entgegenreten. Wir bitten insoweit um Ihr Verständnis.

A. UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) & Inklusion

- 1. Wie sehen Sie das Zusammenspiel von Inklusion und Werkstätten?**
- 2. Wie möchten Sie die UN-Behindertenrechtskonvention in Rheinland-Pfalz besser umsetzen – besonders beim Thema Arbeit und Teilhabe?**
- 3. Wie sorgen Sie dafür, dass Menschen in Werkstätten gute Chancen auf Weiterbildung und berufliche Entwicklung haben?**

Wir beantworten Fragen 1-3 zusammenfassend:

Werkstätten für behinderte Menschen dienen der Inklusion in den Arbeitsmarkt und in einen strukturierten Alltag. WfbM geben damit Halt und Gemeinschaft. Die Werkstätten haben dabei Aufgaben wie beispielsweise eine angemessene berufliche Bildung zu gewährleisten und auf den allgemeinen Arbeitsmarkt vorzubereiten.

Nur wenn die WfbM ihren Beschäftigten gute Chancen auf Weiterbildung, Persönlichkeitsbildung und berufliche Entwicklung geben, kommen sie ihrem gesetzlichen Auftrag voll nach.

4. Wie können Werkstätten besser in kommunale Inklusionsstrukturen eingebunden werden?

Es ist Aufgabe der Kommunen, die Werkstätten in ihre Inklusionsstrukturen einzubinden. Vor Ort wissen die Betroffenen – die WfbM-Vertreter und die Kommunalvertreter – am besten, wie dies geschehen kann. Das Land hat die rechtlichen Möglichkeiten dahingehend weit zu fassen, dass Inklusion möglichst unbürokratisch möglich ist.

5. Wie möchten Sie den Austausch zwischen Politik, Werkstätten und Menschen mit Behinderung verbessern?

Die AfD steht für Gespräche gerne zur Verfügung. Jeder Bürger ist herzlich eingeladen, öffentliche Veranstaltungen und Infostände der AfD zu besuchen und mit uns in Kontakt zu treten. Erfahrungsgemäß sind die Reaktionen unserer Besucher und Gäste stets sehr positiv.

6. Welche Rolle spielen Menschen mit Behinderung und Werkstätten in Ihrem Wahlprogramm?

7. Welche drei Dinge möchten Sie in den nächsten fünf Jahren für Menschen mit Behinderung verbessern?

Wir beantworten Fragen 6 und 7 gemeinsam:

Die AfD fordert in ihrem Wahlprogramm, dass junge Menschen mit Behinderung eine gute Schulausbildung erhalten. Insbesondere möchten wir spezialisierte Förderschulen erhalten und stärken. Regelschulen soll mehr Flexibilität zugestanden werden, um alle Schüler nach ihren persönlichen Stärken und Schwächen gezielt fördern zu können – entweder durch gemeinsame Unterrichtsfächer oder, wo dies für die persönliche Entwicklung sinnvoll ist, getrennt. Dies nennen wir Inklusion mit Augenmaß.

Die AfD spricht sich dafür aus, dass der Landesrechnungshof die WfbM anlasslos prüfen darf. Die Prüfungen sollen insbesondere sicherstellen, dass die Gelder von Land und Kommunen für den eigentlichen Zweck, nämlich für die Eingliederung und Bildung behinderter Menschen, eingesetzt werden.

B. BTHG, Landesrahmenverträge & Kommunen

8. Wie stehen Sie zum Mindestmaß an wirtschaftlich sinnvoller Arbeit in Werkstätten (§136 SGB IX)?

Als Aufnahmevoraussetzung für eine WfbM ist es sinnvoll, dass eine Eigen- und/oder Fremdgefährdung ausgeschlossen ist. Es muss sichergestellt sein, dass jeder durch berufliche Bildung die faire Chance hat, diese Aufnahmevoraussetzung zu erfüllen.

9. Wie möchten Sie die Qualität bei „anderen Leistungsanbietern“ sichern und kontrollieren?

Die Qualität soll durch etablierte Strukturen wie Betriebsräte sichergestellt werden. Betriebe haben sich nach Auffassung der AfD als Vertreter aller Beschäftigten zu verstehen. Bei Problemen, die nicht innerhalb des Betriebs gelöst werden sollen, stehen in vielen Kommunen und auf jeden Fall auf Landesebene qualifizierte Ansprechpartner zur Verfügung.

10. Wie möchten Sie die Kommunen finanziell entlasten, die durch die Eingliederungshilfe hohe Kosten haben?

11. Sind Sie bereit, mehr Geld oder Förderprogramme für Kommunen bereitzustellen?

Wir beantworten Fragen 10 und 11 gemeinsam:

Die AfD wird die Finanzsituation der Kommunen verbessern, indem das Land mehr Mittel bereitstellt. Eine Zweckbindung erfolgt nicht. Entsprechend bestimmen die Kommunen selbst, wofür sie diese Mittel nutzen.

12. Wie möchten Sie neue Modelle in der Eingliederungshilfe unterstützen, die Qualität verbessern und Kosten senken?

13. Wie können Städte und Landkreise besser zusammenarbeiten – und wie möchten Sie das fördern?

Wir beantworten Fragen 12 und 13 gemeinsam:

Landesprojekte im Inklusionsbereich, zum Beispiel zur Qualitätsverbesserung, soll es weiterhin geben. Die AfD würde diese Projekte stets mit den betroffenen Beteiligten gemeinsam auf den Weg bringen, darunter auch Vertreter der WfbM und Inklusionsbeauftragte.

Die Zusammenarbeit von Kommunen muss stets den Bürgern dienen. Auch hierbei soll das Land Modellprojekte fördern. In sensiblen Bereichen wie Inklusion halten wir vorschnelle Experimente für unangebracht.

14. Wie stellen Sie sicher, dass die Qualität der Eingliederungshilfe nicht schlechter wird, auch wenn Kommunen sparen müssen?

15. Wie sorgen Sie dafür, dass Menschen mit Behinderung überall in RLP ähnliche Lebensbedingungen haben – unabhängig vom Geld der Kommune?

16. Wie verhindern Sie, dass bei Haushaltskürzungen zuerst Menschen mit Behinderung getroffen werden?

Wir beantworten Fragen 14 bis 16 zusammenfassend:

Ziel der AfD ist es, die finanzielle Lage der Kommunen zu verbessern: durch höhere Landesmittel (unter anderem über den kommunaler Finanzausgleich), durch weniger Bürokratie und durch niedrigere Ausgaben für Asylbewerber.

Diese Maßnahmen führen dazu, dass Einsparungen bei der Eingliederung von Menschen mit Behinderung nicht notwendig sind oder werden.

C. Allgemeiner Arbeitsmarkt & Übergänge aus der Werkstatt

17. Warum schaffen so wenige Menschen aus Werkstätten den Übergang auf den allgemeinen Arbeitsmarkt?

18. Was muss sich ändern, damit mehr Menschen diesen Schritt schaffen?

Wir beantworten Fragen 17 und 18 gemeinsam:

Diese Fragen müssen sich die WfbM selbstkritisch stellen. Soweit die Ursachen bei gesetzlichen Rahmenbedingungen liegen, ist die AfD bereit, diese zu verbessern.

Es ist wichtig, dass die WfbM ihre Beschäftigten dazu schulen und ermutigen, auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt Fuß zu fassen.

Um echte Teilhabe für behinderte Menschen am Arbeitsleben zu verwirklichen, fordert die AfD die Schaffung von Anreizen in Form eines Bonussystems für alle Arbeitgeber für die Einrichtung von mehr Arbeitsplätzen für Menschen mit Behinderung, gekoppelt mit einer fairen Entlohnung. Denn trotz der bestehenden gesetzlichen Verpflichtungen durch entsprechende Beschäftigungsquoten und den anderenfalls anfallenden Ausgleichszahlungen erfüllen viele Unternehmen die bestehenden Vorgaben für die Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen nicht. Letztendlich gilt es vor allem die Arbeitgeber dafür zu gewinnen, mehr Menschen mit Behinderungen als Arbeitnehmer zu beschäftigen. Das Bonussystem kann aus der bestehenden Ausgleichsabgabe der Unternehmen, die nicht die festgelegte Mindestanzahl Menschen mit Behinderung beschäftigten, finanziert werden.

19. Wie sehen Sie den starken Anstieg von psychischen Erkrankungen und dauerhaften Erwerbsunfähigkeiten?

Die Entwicklung ist sehr kritisch zu sehen. Ziel der Politik muss es sein, die psychische Resilienz der Bürger zu stärken und eine gesündere Arbeitskultur zu etablieren.

20. Was möchte Ihre Partei tun, damit mehr Menschen mit Behinderung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt arbeiten können?

21. Welche Barrieren möchten Sie abbauen?

22. Wie wollen Sie Arbeitgeber dafür gewinnen, Menschen mit Behinderung einzustellen?

23. Wie wichtig sind Arbeitsplatz-Anpassungen (Assistenz, Technik, flexible Zeiten)?

24. Wie können Praktika, Qualifizierungen und Ausbildungsplätze für Menschen mit Behinderung besser gefördert werden?

25. Wie möchten Sie die Zusammenarbeit zwischen Werkstätten, Schulen, Betrieben und Integrationsdiensten stärken?

26. Wie möchten Sie Menschen mit Behinderung an Arbeitsmarktprogrammen beteiligen?

Wir beantworten Fragen 20-26 zusammenfassend:

Menschen mit Behinderung sollen – wie jeder andere Mensch auch – nach seinen Fähigkeiten und Wünschen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt treten. Der allgemeine Arbeitsmarkt verlangt, dass Leistung erbracht wird, um die gezahlten Löhne und Lohnnebenkosten sowie die mit der Arbeit verbundenen Kosten erwirtschaftet werden.

Dauerhafte Förderungen für bestimmte Gruppen lehnen wir ab. Förderungen zur Arbeitsmarktintegration durch die öffentliche Hand dürfen nur für die Zeit der

Arbeitsmarktintegration geleistet werden. Andernfalls würden Arbeitsplätze mit Steuergeld subventioniert werden. Aus Gründen des fairen Wettbewerbs lehnen wir dies ab.

Die bestehenden Instrumente wie die Ausgleichsabgabe für Betriebe, die ihre Pflicht zur Beschäftigung von Menschen mit Behinderung nicht erfüllen, erachten wir derzeit als ausreichend.

27. Welche Chancen sehen Sie in digitalen Arbeitsplätzen – und wie machen Sie diese barrierefrei?

In der Digitalisierung sind Chancen zu sehen, da digitale Inhalte inzwischen – unter anderem mittels Künstlicher Intelligenz (KI) – sehr schnell und hinreichend zuverlässig in barrierefreie oder barrierearme Formate gebracht werden können. Dazu gehört beispielsweise Texte in einfache Sprache zu bringen, Hardware für Brailleschrift oder Texte automatisch vorlesen zu lassen bzw. umgekehrt, Texte zu diktieren. Tätigkeiten, die mit Textverarbeitung zusammenhängen, bieten daher verstärkt Möglichkeiten zur Beschäftigung von Menschen mit Behinderung.

28. Was ist Ihrer Meinung nach die größte Hürde für Menschen mit Behinderung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt?

Eine große Hürde ist sicherlich die geminderte Leistungsfähigkeit, so dass die Kosten des Arbeitgebers (wie Löhne, Lohnnebenkosten, Sachausstattung) nicht durch den Arbeitnehmer erwirtschaftet werden können.

Hinzukommt, dass der Wechsel von Menschen mit Behinderung aus einer WfbM auf den freien Arbeitsmarkt trotz der höheren Löhne nicht immer attraktiv ist. Der Leistungs- und Konkurrenzdruck auf dem freien Arbeitsmarkt ist ungleich höher als in einer WfbM, spezielle Angebote für Menschen mit Behinderung fehlen in der freien Wirtschaft oft. Die Arbeit in der WfbM kann deshalb für Menschen mit Behinderung besser sein und zu einem größeren Lebensglück und höherer Zufriedenheit führen als einen job auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt auszuüben.

29. Warum sollten Menschen mit Behinderung Ihrer Partei bei der Landtagswahl ihre Stimme geben? Anm.: Ergänzen!

Menschen mit Behinderung sind für die AfD Teil der Gesellschaft. Deshalb sollten sie der AfD aus den gleichen Gründen ihre Stimme geben, wie alle anderen auch, die mit den Werten und Zielen der AfD übereinstimmen. Als Volkspartei ist es nicht unser Anspruch, lediglich Politik für einzelne Gruppen zu machen, sondern eine Politik, die allen Bürgern zugute kommt.

Dazu gehören insbesondere gute wirtschaftliche Rahmenbedingungen, die Voraussetzung dafür sind, dass unser Sozialsystem erhalten bleiben kann. Niedrige Energiepreise für Bürger und Betriebe führen zur finanziellen Entlastung, die vor allen Menschen mit geringem Einkommen guttut, und erhält Arbeitsplätze.

Um die Sozialausgaben zu senken, ohne dabei die Leistungen für uns Bürger zu verschlechtern, sehen wir das Konzept der Remigration vor. Remigration umfasst alle rechtsstaatlichen und (grund)gesetzkonformen Maßnahmen und Anreize zur Rückführung ausreisepflichtiger Ausländer in ihre Heimat. Ausländer ist, wer nicht über die deutsche Staatsbürgerschaft verfügt.

Die AfD steht für innere Sicherheit. Wir haben in unserem Wahlprogramm, das Sie unter <https://alternative-rlp.de/unser-programm/> einsehen können, ein umfangreiches Maßnahmenbündel zur Gewalt- und Kriminalitätsprävention formuliert und zu modernen Ermittlungsmethoden der Polizei, um Straftäter schneller und effizienter als bisher dingfest zu machen.

Die AfD Rheinland-Pfalz wird die Kommunen finanziell besser ausstatten. Das Land hat den Städten, Kreisen und Gemeinden höhere Zuweisungen zu leisten. Entsprechend muss der kommunale Finanzausgleich reformiert werden und das Konnexitätsprinzip („Wer bestellt, bezahlt“) strikt eingehalten werden. Ferner möchten wir Bürokratie abbauen, zum Beispiel bei Förderprogrammen, deren Mittel ohne Antragen und Zweckbindung direkt an die Kommunen fließen soll.

D. Teilhabe & Barrierefreiheit

30. Wie möchten Sie Menschen in Werkstätten unterstützen, die älter werden und bald in Rente gehen?

Die AfD setzt sich dafür ein, dass Bezieher einer Altersrente wie auch die Bezieher einer Erwerbsminderungsrente auf eigenen Wunsch hin in einer WfbM weiterarbeiten dürfen. Einkommen aus der WfbM ist im Falle einer Grundsicherung nicht bzw. nur zu einem geringen Teil anzureichen.

31. Was möchten Sie tun, um Barrierefreiheit im öffentlichen Raum zu verbessern (Bus, Bahn, Gebäude, Wege)?

32. Wie wollen Sie Kommunen, Verbände und Organisationen besser vernetzen, damit Barrierefreiheit überall ähnlich verstanden wird?

33. Welche Schulungen wollen Sie für Arbeitgeber anbieten, damit Barrierefreiheit am Arbeitsplatz selbstverständlich wird?

34. Wie möchten Sie Menschen mit Behinderung bei der Planung barrierefreier Konzepte einbeziehen?

Wir beantworten Fragen 31-34 zusammenfassend:

Für die AfD ist Barrierefreiheit im öffentlichen Raum wichtig. Barrierefreiheit kommt den Bürgern in vielen Lebenslagen zugute: Als Kinder, als Eltern mit Kinderwagen, bei Einschränkungen, im hohen Alter. Barrierefreiheit verstehen wir somit ganzheitlich und konsequent. Barrierefreiheit ist bei allen öffentlichen Neubauprojekten einzuplanen und umzusetzen. Digitale Möglichkeiten, wie Sprachsteuerungen von Aufzügen und elektrischen Türen sowie Übersetzungs-Apps in einfache Sprache, müssen stets berücksichtigt werden.

35. Was möchten Sie tun, damit Menschen mit Behinderung im ländlichen Raum nicht abgehängt werden?

Das Wahlprogramm der AfD sieht insgesamt eine Stärkung des ländlichen Raumes vor. Derzeit ist etwa das Angebot des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) im ländlichen Raum häufig schlecht. Insoweit setzt sich die AfD für eine gezielte Verbesserung und den bedarfsgerechten Ausbau des ÖPNV im ländlichen Raum ein, um ein verlässliches und attraktives Mobilitätsangebot bereitzustellen. Diese Verbesserungen kommen auch Menschen mit Behinderungen zugute. Bushaltestellen und Bahnhaltepunkte müssen barrierefrei umgebaut werden.

Gleiches gilt hinsichtlich des Ausbaus der digitalen Infrastruktur. Funklöcher sollen geschlossen werden und schnelles Internet im ganzen Land verfügbar sein. Dies kommt gerade auch Menschen mit eingeschränkter Mobilität zugute, da hierdurch unnötige Wegstrecken vermieden werden können, die mit entsprechenden Belastungen verbunden sind. Zudem wird hierdurch auch die Arbeit von zu Hause aus erleichtert, was für Menschen mit Behinderungen, die ihre Arbeitsleistung digital erbringen können, einen erheblichen Mehrwert mit sich bringt.

36. Wie möchten Sie Wohn-, Freizeit- und Mobilitätsangebote für Menschen mit Behinderung verbessern?

Durch den Zuzug von Asylanten ohne Bleibeberechtigung seit 2015 ist der Wohnungsmarkt aus den Fugen geraten. Mieten und Kaufpreise sind stark gestiegen, da das Angebot nicht so stark erweitert werden konnte wie die hohe Nachfrage. Abschiebungen von Menschen ohne Bleibeberechtigung, wie die AfD sie fordert, entlasten den Wohnungsmarkt.

Die Mobilität von Menschen mit Behinderung soll durch barrierefreie Gehwege und einen barrierefreien ÖPNV sichergestellt werden. Haltestellen müssen barrierefrei sein, ebenso muss für jeden Bürger der Ein- und Ausstieg in/aus Fahrzeugen barrierefrei sein und auch die Bewegung innerhalb der Fahrzeuge.

Freizeitangebote wie Sport und Kultur sollen im öffentlichen Bereich durch vergünstigte Entgelte für die Betroffenen und ihre Betreuer finanziell erleichtert werden bzw. bleiben.

Die AfD beabsichtigt, das Landesblindengeld bis zum Ende der Legislaturperiode auf 600 Euro anzuheben. Die letzte Anpassung erfolgte 2003. Die fehlende Anpassung an die Inflation der vergangenen 20 Jahre hat dazu geführt, dass das Landesblindengeld seinem Zweck, Mehrausgaben, die im Zusammenhang mit der Blindheit stehen, aufzufangen, nicht mehr gerecht wird. Zudem beabsichtigen wir das Landesblindengeld an die Inflationsrate anzupassen. Menschen mit Behinderungen kennen ihre Bedarfe am besten. Durch die Erhöhung des Landesblindgeldes können sie die entsprechenden Mittel dort einsetzen, wo sie sie für erforderlich halten

E. Werkstättenreform & Entgelt

- 37. Wie möchten Sie das Entgelt für Menschen in Werkstätten verbessern?**
- 38. Soll das Entgelt künftig regelmäßig an steigende Preise angepasst werden?**
- 39. Wie möchten Sie mehr Gerechtigkeit und Transparenz beim Entgelt schaffen?**
- 40. Welche Rolle soll die persönliche Leistung beim Entgelt spielen?**
- 41. Wie möchten Sie Beschäftigte stärker an Entscheidungen über Bezahlung und Arbeitsbedingungen beteiligen?**
- 42. Gibt es Modelle aus anderen Ländern, die als Vorbild für höhere Entgelte dienen könnten?**
- 43. Wie können neue Arbeitsmodelle in Werkstätten helfen, Bedingungen und Entgelt zu verbessern?**
- 44. Soll es mehr Flexibilität bei Arbeitszeiten geben (z. B. Teilzeit, angepasste Arbeitszeiten)?**
- 45. Wie sieht für Sie die „Werkstatt der Zukunft“ in Rheinland-Pfalz aus?**

Wir beantworten die Fragen 37-45 zusammenfassend:

Die Entgelte sollen dem Arbeitsergebnis angemessen sein. Insofern kann auf die Entgelt-Fragen keine konkrete Antwort gegeben werden. Wichtig ist es der AfD, dass die WfbM so ausgestattet werden, dass sie vielfältige Arbeitsangebote machen können, damit jeder Beschäftigte eine Arbeit ausüben kann, in der er gut ist und bei der er sich wohlfühlt.

Ein Ziel der WfbM ist es, in den freien Arbeitsmarkt zu integrieren, der nach Mindestlohn oder höher zahlt. Diese Aussicht setzt Leistungsanreize.

Neben allgemeinen Standards zu den Arbeitsbedingungen ist es Sache der Werkstätten selbst, gemeinsam mit ihren Beschäftigten über Bezahlung und Arbeitsbedingungen zu sprechen und beides gemeinsam zu verbessern. Wenn dadurch die Rahmenbedingungen durch Land und/oder Kommunen geändert werden müssen, steht die AfD gerne zu entsprechenden Gesprächen zur Verfügung.

F. Rechte, Schutz & Selbstvertretung

- 46. Wie möchten Sie den Gewaltschutz in Werkstätten weiter verbessern?**
- 47. Wie stellen Sie sicher, dass jede Einrichtung ein gutes, geprüftes Gewaltschutzkonzept hat?**
- 48. Wie möchten Sie Selbstvertretungen wie Werkstatträte und Frauenbeauftragte stärken?**
- 49. Wie wollen Sie diskriminierungsfreie Strukturen schaffen – in Einrichtungen und in Behörden?**

Wir beantworten die Fragen 46-49 zusammenfassend:

Schutzkonzepte und Präventionskonzepte innerhalb und außerhalb von Einrichtungen müssen zum guten Standard gehören. Beschwerdewege und Meldungen müssen niederschwellig und anonym möglich sein. Über die Konzepte und Meldewege müssen alle Beschäftigten regelmäßig informiert werden. Vertrauenspersonen sollen eigene Schulungen erhalten, um im Falle eine angemessene Rückmeldung und Beratung geben zu können.

50. Wie stellen Sie sicher, dass Menschen mit Behinderung politisch mitreden können?

Menschen mit Behinderung sollten ihr Wahlrecht nutzen. Sie können sich in Parteien wie der AfD engagieren. Die AfD steht für Gespräche gerne zur Verfügung. Gegenüber jedem Bürger haben wir ein offenes Ohr, mit Vertretern von Betrieben und Verbänden sind wir stets zum konstruktiven und kontroversen Austausch bereit.